



Verwaltung

Herr Kämper	(zu TOP 6)	Stab Dezernat 5
Frau Schröder	(zu TOP 7)	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Linnenbürger	(zu TOP 7)	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Voelzke	(zu TOP 10)	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Frau Krutwage		Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Frau Sandison	(Schriftführerin)	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Sielemann begrüßt die Anwesenden.

Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung fest und teilt mit, dass die Beratungsunterlagen zu TOP 8 (Konzept „Seniorenfreundliches Bielefeld“) und zu TOP 9 (Konzept „Behindertengerechtes Bielefeld“) noch nicht vorliegen. Daher schlägt sie vor, diese Punkte von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Mitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Frau Sielemann verweist auf folgende an die Mitglieder mit der Einladung versandten Informationen:

- Newsletter 4 – 2008 der Freiwilligenagentur Bielefeld
- Pressemitteilung der Landesseniorenvertretung NRW vom 19.11.2008, Titel „Gesundheitsfonds: Landesseniorenvertretung fordert mehr Weitsicht“
- Seniorenarbeit in Partnerstädten (s. E-Mail vom Büro Oberbürgermeister/Städtepartnerschaften, Frau Golinja, hier: Antwort der Partnerstädte Rochdale und Esteli)

### **Zu Punkt 1**

#### Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

### **Zu Punkt 2**

#### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Seniorenrates am 19.11.2008

Herr Dr. von Becker verweist auf seine Informationen zum Besuch im Alten- und Pflegeheim Schildesche (s. Seite 9 der Niederschrift vom 19.11.2008). Es fehle im Protokoll an dieser Stelle sein Hinweis, dass die Heimleiterin, Frau Höner, den Seniorenrat bitte, auf eine verstärkte Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern hinzuwirken.

#### Beschluss:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Seniorenrates am 19.11.2008 wird mit der o. g. Ergänzung nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**      **Konzept „Familienfreundliches Bielefeld“**

Drucksache: 2009/5396/1

Frau Sielemann teilt mit, dass der Rat der Stadt das Konzept „Familienfreundliches Bielefeld“ in seiner Sitzung am 20.11.2008 einstimmig beschlossen habe.

---

**Zu Punkt 3.2**      **Weihnachtsessen**

Frau Sielemann verweist auf das heutige Weihnachtsessen und verteilt an die teilnehmenden Mitglieder eine Liste, aus der die jeweilige Bestellung hervorgeht.

---

**Zu Punkt 3.3**      **Verschiebung 2. Expertenkreis Kesselbrink**

Frau Sielemann teilt mit, dass die für den 15.12.2008 vorgesehene Vorstellung des Arbeitsstandes der Machbarkeitsstudie zur Neugestaltung Kesselbrink im Expertenkreis aus terminlichen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müsse und ein neuer Termin noch mitgeteilt würde.

---

**Zu Punkt 3.4**      **Beschlussfassung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.10.2008**

**hier: Gemeinsame Resolution zum Thema „Gesundheits- und Arbeitsschutz in der Fläche notwendig - Standort des „LIGA“ in der Gesundheitsregion OWL erhalten“**

Frau Sielemann verweist auf die Mitteilung der Verwaltung, die an die Mitglieder verteilt wird.

---

**Zu Punkt 3.5**      **5. Sitzung der Lenkungsgruppe Sportstättenentwicklungsplanung**

Frau Sielemann weist auf die nächste Sitzung der Lenkungsgruppe am 17.12.2008 hin.

Herr Meitsch teilt mit, dass er teilnehmen werde.

---

**Zu Punkt 3.6 Besuch aus Utsunomiya (Japan)**

Frau Sielemann teilt mit, dass Frau Tomomi Sakamoto, Angestellte der japanischen Stadt Utsunomiya, die Bielefelder Stadtverwaltung besucht habe, um sich insbesondere über die Arbeit der Bezirksvertretungen zu informieren. Sie habe sich auch in einem 1 ½ -stündigen Gespräch über die Arbeit des Seniorenrates informiert.

-.-.-

**Zu Punkt 3.7 Einladung an Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte**

Frau Sielemann teilt mit, dass Oberbürgermeister Herr David Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte am 12.12.2008 ins Rathaus einlade.

-.-.-

**Zu Punkt 3.8 Fahrt nach Düsseldorf zum Landtag NRW am 07. Mai 2009**

Frau Sielemann teilt mit, dass Herr Garbrecht, MdL, für die Mitglieder des Seniorenrates die geplante Fahrt nach Düsseldorf für den 07. Mai 2009 gebucht habe.  
Sie bittet die Mitglieder, sich diesen Termin zu notieren.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 6 Programm „Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6093/2004-2009

Frau Sielemann begrüßt Herrn Kämper.

Herr Kämper weist auf die vorliegende Beschlussvorlage, Drucksache 6093/2004-2009, hin. Mit dem hier erwähnten Programm „Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs“ wolle das Sozialdezernat der Segregation (ungleiche Verteilung der Wohnstandorte verschiedener sozialer Gruppen im städtischen Raum) entgegenwirken mit dem Ziel, eine doppelte Benachteiligung zu verhindern oder zu mindern, d. h. die

sozialen Benachteiligungen der Personen von den benachteiligenden Quartiersbedingungen, den Wohn- und Lebensbedingungen zu entkoppeln. Zunächst informiert Herr Kämper zur Ausgangssituation in Bielefeld. Sodann erläutert er das Programm und die Umsetzung.

Herr Dr. von Becker verweist auf den Begriff „kleinräumiges Monitoring-system“. Herr Kämper bejaht seine Frage, ob hier die Daten der statistischen (92) Bezirke zugrunde gelegt werden.

Herr Döblin vermisst in dieser Vorlage die Seitenangaben und bittet darum, in Zukunft darauf zu achten.

Frau Huber verweist auf die von Herrn Kämper skizzierte Vorgehensweise, es würden jedoch keine Angaben zu den Kosten dieses Programms getroffen.

Herr Kämper teilt mit, dass die Ausarbeitung des Programms (hier welche Quartiere in das Programm aufgenommen werden sollen und welche Ziele für diese Gebiete definiert werden) keine zusätzlichen Kosten verursache, jedoch die Maßnahmen und Projekte, die zu entwickeln und umzusetzen seien, um die Zielwerte zu erreichen. Um Fördertöpfe auf Bundes-/Landes- oder EU-Ebene beantragen zu können, seien entsprechende Definitionen Voraussetzung.

Herr Tacke weist darauf hin, dass diese Zustände (räumliche Konzentration von sozialen Problemen) durch die Bebauung entstanden seien. Die Siedlungsstruktur könne man nicht verändern (z. B. Sieker).

Herr Kämper teilt mit, dass in den benachteiligten Quartieren aber die Infrastruktureinrichtungen (z. B. über Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder, über Angebote in Beratungsstellen) qualitativ verbessert werden können.

Herr Donath weist auf den -aus seiner Sicht- akademischen Text der Vorlage hin. Er habe den Eindruck, dass Vieles aus dem ehemaligen Lebenslagenbericht eingebracht worden sei. Das Quartier Eckardtsheim z. B. tauche in dieser Vorlage nicht auf.

Herr Kämper teilt mit, dass die Daten, die für dieses Programm verwendet würden, aus der gleichen Datenbank im Sozialdezernat stammen wie die für den Lebenslagenbericht. Die in der Vorlage unter den 5 Indikatoren genannten Quartiere seien nur beispielhaft genannt, um das System des Programms zu verstehen bzw. zu verdeutlichen. Welche Quartiere in das Programm aufgenommen würden, müsste noch definiert werden.

Herr Dr. von Becker weist auf die -aus seiner Sicht- wichtigste Aussage dieser Vorlage hin, dass zur Umsetzung auch gehöre, in den Programm-Quartieren, in denen es noch keine Stadtteilkonferenzen gibt, diese einzuführen, da sich die Etablierung der Stadtteilkonferenz als raumorientiertes Netzwerk als vorteilhaft erwiesen habe.

Auf Nachfrage benennt Herr Kämper die bisher schon vorhandenen Stadtteilkonferenzen in Sieker, Brackwede und im Ostmannturmviertel, in die das Sozialdezernat involviert ist.

Auf den Hinweis von Herrn Tacke die Daten nicht zu sehr in die Öffentlichkeit zu bringen, um bestimmte Quartiere nicht zu diskriminieren, teilt Herr Kämper mit, dass die Gründe für einen Wegzug aus einem Gebiet immer genau zu betrachten seien. Es müsse gelingen durch entspre-

chende Qualitäten der Infrastruktureinrichtungen die Alltags- und Lebensbedingungen im Quartier zu verbessern.

Herr Donath weist auf seine Bedenken hin, dass die Aufforderung an Hartz-IV-Empfänger zum Umzug aufgrund zu hoher Mietkosten auch dazu führen könne, in benachteiligte Quartiere ziehen zu müssen.

Frau Huber teilt mit, dass die Anzahl der in Bielefeld betroffenen Personen nicht sehr hoch sei.

Sie fügt an, dass sie den neuen Ansatz – Verbesserung der Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen - und das vorgestellte Programm begrüße, aber dafür plädiere, dass über die jeweils raumbezogenen Handlungskonzepte zeitnah im Seniorenrat zu informieren sei.

Die Mitglieder stimmen dem Vorschlag von Frau Huber zu.

Der Seniorenrat beauftragt Frau Huber, die Diskussion im Sozial- und Gesundheitsausschuss entsprechend vorzutragen.

### **Beschluss:**

- 1. Mit dem Programm „Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs“ sollen auf der Basis vorhandener Daten Wohnquartiere mit Handlungsbedarf identifiziert und mit Hilfe raumbezogener Angebote unterstützt werden, um die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.**
- 2. Das Dezernat V wird beauftragt, das Programm „Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs“ umzusetzen, jeweils raumbezogene Handlungskonzepte zu erarbeiten und einmal im Jahr über die Umsetzung und Wirkung des Programms zu berichten. Soweit dafür zusätzliche Finanzmittel/zusätzliches Personal über die im Haushalte des Dezernates V eingestellten Ressourcen benötigt werden, ist vor Umsetzung von Maßnahmen, Projekten über die Zurverfügungstellung entsprechender Ressourcen zu entscheiden.**
- 3. Ergänzend dazu wird beschlossen, dass nach Erarbeitung der raumbezogenen Handlungskonzepte eine zeitnahe Information im Seniorenrat erfolgt.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen** **Vertragsperiode 2007 - 2010**

Zu Punkt 7.1

### **Präsentation der Ergebnisse der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**

**Vertragsperiode 2007 - 2010**

**hier: Vertragsjahr 2007**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 6061/2004-2009

Frau Sielemann begrüßt Frau Schröder und Herrn Linnenbürger.

Frau Schröder verweist vorab auf die im letzten Jahr in den politischen Gremien erfolgte Beschlussfassung zu einer jährlichen Berichterstattung. Die vorliegende Vorlage zum Vertragsjahr 2007 umfasse Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen aus 3 Dezernaten und 4 Ämtern (Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten, Gesundheitsamt, Jugendamt, Sozialamt). Alle 4 Ämter haben an dieser Vorlage mitgearbeitet. Frau Schröder erinnert, dass Aufbau und Inhalt der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen bereits in der Sitzung des Seniorenrates am 17.10.2007 (Drucksachen-Nr. 4209) beschlossen worden seien.

Der vorliegende Bericht erstreckt sich auf Handlungs- und Arbeitsfelder und enthalte Aussagen zu Finanz- und Strukturdaten sowie als Ausnahme Ergebnisse der Kennzahlenerhebung in den 4 ausgewählten - ebenfalls im letzten Jahr beschlossenen- Modellbereichen, die da wären: Stadtranderholung (s. Seite 41/42 der Vorlage), Schwangerschaftskonfliktberatung (s. Seite 91/92 der Vorlage), Schuldnerberatung (s. Seite 119/120 der Vorlage) und Betreuungsvereine (s. Seite 183 der Vorlage). Sie fügt an, dass sich diese Kennzahlen auf den Erhebungszeitraum 01.01. bis 30.09.2008 beziehen.

Sodann informiert sie anhand einer Powerpoint-Präsentation über die wesentlichen Punkte (Übersicht der Handlungsfelder; Verteilung der Finanzierung auf die Handlungsfelder – für Handlungsfeld 03 „Seniorinnen- und Seniorenförderung = 1,7 Mio. Euro; Angebote im Handlungsfeld 03 – in den Bereichen „Seniorenarbeit“ und „Mobile Soziale Dienste“; Modellbereich mit Kennzahlen; Ratsbeschluss vom 28.09.2006; flexibles Steuerungssystem) – **Anlage 1 zum Protokoll.**

Frau Schröder und Herr Linnenbürger beantworten Fragen von Herrn Tacke, Frau Huber, Herrn Stickdorn, Herrn Dr. von Becker und Herrn Lüttge.

Frau Huber und Frau Sielemann loben den vorliegenden umfangreichen Bericht. Diese Erarbeitung werde als Grundlage für die weitere Arbeit dienen.

Der Seniorenrat nimmt die Informationsvorlage, Drucksache 6061/2004-2009, zur Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 7.2**

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**

#### **Vertragsperiode 2007-2010**

#### **hier: Ziele und Kennzahlen in ausgewählten Arbeitsbereichen**

#### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 6246/2004-2009

Frau Schröder teilt mit, dass die vorliegende Beschlussvorlage, Drucksache 6246 - entsprechend der Beschlussvorlage aus 2007, Drucksache 4209, - Vorschläge für weitere Kennzahlen in 4 Handlungsfeldern bzw. 10 Arbeitsfeldern (s. Übersicht Anlage 1 der Vorlage 6246) enthalte, die ab 01.02.2009 von den Trägern erhoben werden sollen. Sie stellt fest, dass die Entwicklung dieser Kennzahlen die gleiche wie die in 2007 sei (dialo-

gisches Verfahren mit den Trägern bzw. Facharbeitsbereichen; Darstellung der Zielhierarchie: handlungsbezogene Ziele, allgemeine Ziele, kommunale Ziele; Kennzahlen bilden Teile der kommunalen Ziele ab) und erinnert an die gesetzlichen Rahmenbedingungen (ressourcenschonendes Verfahren: Rückgriff auf bereits vorhandene Daten, Minimierung des administrativen Aufwands, keine zusätzlichen Erhebungsverfahren). Des Weiteren weist sie darauf hin, dass das Handlungsfeld 03 „Seniorinnen- und Seniorenförderung“ hier nicht erfasst worden sei, da die Angebote nicht kennzahlentauglich seien. Insoweit erfolgte die Beschlussfassung vor einem Jahr in der vorliegenden Form. Für offene Angebote eignen sich eher Befragungen der Nutzerinnen und Nutzer, die in einem weiteren Schritt durchaus angedacht werden können. Da die Kennzahlen im Rahmen einer „Status Quo“ Erhebung ermittelt würden, könnten bei der Darstellung der Zeitreihe Rückschlüsse der Entwicklung gezogen werden. Eine erste Feststellung aus den 4 Modellbereichen habe ergeben, dass die Standards der Datenerfassung zu prüfen und zu optimieren seien. Ergänzend teilt sie mit, dass die ausgewählten Arbeitsbereiche (s. Anlage 1 der Vorlage 6246) auch Senioren berühren und daher diese Vorlage heute dem Seniorenrat zur Beschlussfassung vorliege.

**Beschluss:**

**Die für ausgewählte Arbeitsbereiche vorgeschlagenen Kennzahlen sollen ab 01.02.2009 erhoben werden.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Vorsitzende Frau Sielemann unterbricht die Sitzung von 11.10 Uhr bis 11.20 Uhr und überreicht den Mitgliedern als Weihnachtsgeschenk einen kleinen Kalender mit der Bitte, die für das kommende Jahr 2009 anstehenden Termine rund um den Seniorenrat hierin zu notieren.

**Zu Punkt 8**      **Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld"**  
**Kommunale Handlungs- und Maßnahmenfelder**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 6060/2004-2009

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Konzept "Behindertengerechtes Bielefeld"**  
**Kommunale Handlungs- und Maßnahmenfelder**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 2009/5286

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

-.-.-

**1. Berichterstattung zum beschlossenen Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts und zur Änderung von Landesrecht, Art. 1 Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalen (WTG NRW)**

Frau Sielemann begrüßt Herrn Voelzke.

Die Mitglieder erhalten eine Information, Titel „Neues Heimrecht soll Individualität sichern“ aus der Dokumentation „Landtag intern“, Heft 12/2008, zur Kenntnis.

Herr Voelzke teilt vorab mit, dass es ab heute nicht mehr die „Heimaufsicht“ gäbe, sondern dieser Bereich nun als „zuständige Behörde“ die vom Land vorgegebenen Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung durchzuführen habe. Das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) sei am 12.11.2008 im Landtag NRW verabschiedet worden und am 10.12.2008 in Kraft getreten. Kern des WTG sei der Schutz der Würde, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Betreuungseinrichtungen. Anhand einer Powerpoint-Präsentation informiert Herr Voelzke ausführlich über eine erste Einschätzung seitens der Verwaltung zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) – **Anlage 2 u. Anlage 3 zum Protokoll.**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. von Becker teilt Herr Voelzke mit, dass Wohnformen mit dem Angebot „Wohnen mit Service“ nicht dem WTG unterstehen, wenn die monatliche Grundpauschale 25 Prozent der Nettokaltmiete und den Betrag des Eckregelsatzes nach SGB XII (351,- €) nicht überschreite.

Auf Nachfrage von Herrn Donath, ob ein Heimfürsprecher als absolut nachrangig anzusehen sei, teilt Herr Voelzke, dass nach dem WTG zunächst ein Beirat der Bewohnerinnen und Bewohner gebildet werden soll. Wenn das nicht erfolgen kann, dann sollte ein Vertretungsgremium aus Angehörigen und Betreuern gebildet werden. Wenn das ebenso nicht erfolgen kann, dann bestellt die zuständige Behörde eine Vertrauensperson (§ 25 DVO-WTG).

Auf Nachfrage von Herrn H.-J. Heuer teilt Herr Voelzke mit, dass in den Betreuungseinrichtungen der Eingliederungshilfe zum 31.07.2018 der Anteil der Einzelzimmer 80 % betragen muss (§ 2a DVO-WTG).

Auf Nachfrage von Frau Hunecke teilt Herr Voelzke mit, dass das WTG auf die Interessenlage der Wohnungswirtschaft eingeht, da dieses Gesetz nicht gelte, wenn es keine Kooperationsvereinbarungen (rechtliche Verbundenheit) zwischen Anbieter von Wohnraum und Anbieter von Betreuungsleistungen gibt. Zur Prüfung der Voraussetzungen sind diese Anbieter verpflichtet, die rechtliche Verbundenheit der zuständigen Behörde anzuzeigen. In den noch zu erarbeitenden Verwaltungsvorschriften muss es eine Konkretisierung hierzu geben.

Frau Sielemann weist darauf hin, dass es dem Seniorenrat in erster Linie um den Schutz der zu Betreuenden gehe sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich.

Sie verweist auf einen Zeitungsartikel vom 28.11.2008, der den Titel trage „Mehrkosten gefährden Senioren-WGs“. Auf ihre Nachfrage teilt Herr Voelzke mit, dass ab Dezember 2010 das WTG auch für diejenigen gelte, die bisher noch nicht unter den Geltungsbereich des WTG fallen, aber als

Betreuungseinrichtung eingestuft werden. Das habe zur Folge, dass z. B. für eine Wohngemeinschaft, die als Betreuungseinrichtung eingestuft werde, nachts eine Pflegefachkraft (§ 12 Abs. 3 WTG) einzustellen sei und die Nettogrundfläche je Bewohner mindestens 40 qm groß sein soll (§ 2 Abs. 4 DVO-WTG).

Auf Nachfrage von Frau Echterdiek teilt Herr Voelzke mit, dass die Frage nach der Mindestpersonalquote in der Anhörung auch diskutiert worden sei, jedoch im WTG nicht festgelegt worden sei.

Herr Döblin bedankt sich bei Herrn Voelzke für seine Ausführungen und verweist auf eine Veranstaltung zum neuen WTG (Dialogveranstaltung zum Wohn- und Teilhabegesetz) am 13. März von 10.00 bis 12.00 Uhr in Bethel, Neue Schmiede, Handwerkerstr. 7, 33617 Bielefeld (Ansprechpartner: Herr Zabel, Fachabteilung, Tel. 0211/855-3011, [zabel@mags.nrw.de](mailto:zabel@mags.nrw.de); Frau Dworak, Organisation, Tel. 0211/855-3190, [dworak@mags.nrw.de](mailto:dworak@mags.nrw.de)).

Auf Nachfrage von Herrn Dr. von Becker teilt Herr Voelzke mit, dass die zuständige Behörde (ehem. Heimaufsicht) die Aufgaben als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung durchzuführen habe. Gem. § 17 Abs. 2 WTG soll eine Arbeitsgemeinschaft, in der die Landesseniorenvertretung NRW aber nicht vertreten sei, zur Förderung der Zusammenarbeit ins Leben gerufen werden. Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft ist es insbesondere Empfehlungen für landeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zu erarbeiten. Zuständige Aufsichtsbehörde für Bielefeld sei nun die Bezirksregierung Detmold.

Frau Sielemann bedankt sich bei Herrn Voelzke für seine ausführliche Berichterstattung.

-.-.-

## Zu Punkt 11

### **Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen und von beratenden Mitgliedern**

#### Sozial- und Gesundheitsausschuss

Frau Huber teilt mit, dass in der letzten SGA-Sitzung am 09.12.2008 u. a. die beiden heute vorgestellten Verwaltungsvorlagen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Vertragsjahr 2007 / und in 1. Lesung die Ziele und Kennzahlen in ausgewählten Arbeitsbereichen) behandelt wurden sowie eine kurze Information zum WTG erfolgt sei.

Des Weiteren wurde die Verwaltungsvorlage Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Seniorenarbeit in der Stadt Bielefeld“, hier: Sozialräumliche Verteilung im SGA zurückgestellt mit der Begründung, dass diese Vorlage im Januar beraten werden soll, wenn dann auch die Vorlage Konzept Seniorenfreundliches Bielefeld vorliege.

#### Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss

Herr H.-J. Heuer benennt einige der Tagesordnungspunkte aus der letzten UStA-Sitzung am 09.12.2008, die aber keine Seniorenrelevanz aufwiesen.

#### Schul- und Sportausschuss

Herr Meitsch teilt mit, dass in der letzten Sitzung am 02.12.2008 keine seniorenrelevanten Punkte behandelt worden seien.

#### BI-NETT

Herr Tacke teilt mit, dass er an der letzten BI-NETT-Sitzung am 26.11.2008 teilgenommen habe und es ein umfangreiches Protokoll gebe, das er nachreichen wolle.

Frau Sielemann weist darauf hin, dass der Seniorenrat an den Sitzungen teilnehme, eine aktive Mitarbeit aber nicht geleistet werden könne.

#### Runder Tisch „Kultursensible Altenarbeit“

Frau Hunecke teilt mit, dass die letzte Sitzung ausgefallen sei und im nächsten Jahr entschieden werden solle, wer das Projekt weiterführen könne.

#### Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“

Herr Stickdorn verweist auf die in den Arbeitskreisen erarbeiteten Berichte und übergibt Frau Sielemann die aktuelle Version.

Frau Sielemann bedankt sich bei Herrn Stickdorn für seinen Einsatz. Die Arbeitsblätter, die über die umfangreiche Seniorenarbeit informieren, sollen im nächsten Jahr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

#### Tagesordnungspunkte für die nächsten Sitzungen

Frau Sielemann teilt mit, dass der Haushalt 2009 und ebenso die Konzepte „Behindertengerechtes Bielefeld“ und „Seniorenfreundliches Bielefeld“ in der Januar-Sitzung beraten werden sollen. Des Weiteren seien von der Verwaltung die Punkte „Mietspiegel“ und „Wohnungsmarktbericht 2008“ angekündigt worden. Diese letztgenannten Punkte müssten -sofern die Konzepte im Januar vorliegen- evtl. in der Februar-Sitzung behandelt werden.

-.-.-

#### **Zu Punkt 12**

#### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen** **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Sielemann stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Sielemann  
(Vorsitzende)

---

Sandison  
(Schriftführerin)